

Kulturerbe und der Vertrag der Generationen

eine Stellungnahme des Museumsverbandes zu den Verkäufen aus dem Stralsunder Stadtarchiv

Den jetzt bekannt gewordenen Verkauf von Beständen aus dem Stralsunder Stadtarchiv sieht der Vorstand des Museumsverbandes Mecklenburg-Vorpommern als Präzedenzfall eines zu beobachtenden wachsenden Klimas der Missachtung immaterieller kultureller Werte in Mecklenburg/Vorpommern.

Die offenbar durch die Stralsunder Bürgerschaft und Verwaltung gebilligte Veräußerung ist als Folge des anhaltenden öffentlichen Verständnisses von Kultur als "freiwillige kommunale Aufgabe" zu sehen.

Die mit Einführung der doppischen Haushaltsführung in den Museen durchgeführte finanzielle Bewertung des Kulturgutbestandes führt zu einer Ersetzung von Werten durch Preise im administrativen Verständnis und befördert diese Tendenz weiter. Sie befördert ein rein ökonomisches Verständnis öffentlicher Aufgaben und die Aufkündigung der als Generationenvertrag zu verstehenden Pflicht zur Bewahrung des Patrimoniums, der Pflege und Weitergabe uns durch vergangene Generationen übergebener Kulturgüter.

Der Museumsverband Mecklenburg Vorpommern versteht die Sicherung der Unveräußerlichkeit von Kulturgut in öffentlichem Besitz als unabdingbare Aufgabe einer Kulturnation. Einlieferer, Spender und Sammler vergangener Generationen haben Objekte häufig genau aus dem Grunde öffentlichen Sammlungen übergeben, weil sie diese als dauerhaften Besitz der Gesellschaft, durch die Institution treuhänderisch verwaltet, bewahrt wissen wollten.

Die nun offenbar gewordene Veräußerung von Kulturgut aus öffentlichen Sammlungen bedeutet eine Verletzung des Vertrauensschutzes gegenüber den Einlieferern vergangener Generationen, eine nachhaltige Veränderung des Verständnisses der Funktion öffentlicher Archive, Museen und Sammlungen und einen für eine Kulturnation unakzeptablen Vorgang.

Dass dieser Verkauf aus der Sammlung einer „Weltkulturerbestadt" stattfindet ist einerseits Grund für die öffentliche Aufmerksamkeit für den Vorgang, andererseits lässt er erahnen, wie weit die Erosion des Verständnisses einer Kulturpflicht der öffentlichen Hand bereits fortgeschritten ist.

Wenn UNESCO-Welterbestätten den Verkauf von Kulturgütern salonfähig machen, wird es schnell Nachahmer geben und Kulturgut wird zum Ramschobjekt und zur Finanzierungsquelle anderer öffentlicher Aufgaben.

Der Vorstand des Museumsverbandes schließt sich den von Wissenschaftlern und Bürgern ausgelösten Protesten an und bedauert außerordentlich den für unser Land entstandenen Imageschaden.